

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Verkaufspreis: Jeden Werthtag abends für den folgenden Tag. **Abonnementpreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 3.25, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 9.00 mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sonstige Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindeverbandsgirokonto Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verdrängerelastungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. No. 14) oder deren Raum 120 Bsp., örtliche Anzeigen 80 Bsp. Im Textteil (Zm. No. 14) 250 Bsp., die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — **Wöchentliche Anzeigen** die gespaltene Zeile 150 Bsp. — **Rikr bestimmte Tage oder Plätze** wird kein Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort:** Bischofswerda.

Nr. 95

Sonntag, den 24 April 1921.

75. Jahrgang.

Reichsminister Simons zur amerikanischen Ablehnung.

Die Tagesordnung der Fixtagung des Reichstags wurde infolge der neuesten Nachrichten aus Washington, die die Ablehnung des deutschen Vermittlungsantrages durch den Ausschuss der vier Großen, der die Reparationsfrage, der am Freitag mittag zusammengetreten war, hatte beschlossen, zu Beginn der Sitzung eine Erklärung des Außenministers entgegenzunehmen und dann die Sitzung auf Sonnabend 3 Uhr zu vertagen.

Die Sitzung wurde um 2 Uhr 30 Min. eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt das Wort

Außenminister Dr. Simons zu folgender Erklärung:

Nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen hat die deutsche Regierung unermüdet Schritte getan, um eine neue Grundlage für Unterhandlungen mit den Alliierten zu finden. Die wichtigste Frage, die hierbei zu lösen war, war die Frage des Wiederaufbaues. Daher wurde dann auch alsbald im Wiederaufbauministerium ein Plan für die deutsche Durchführung des Problems bearbeitet. Den Niederschlag der Beratungen bildete die Note, die am Donnerstag an die Reparationskommission abgegeben wurde und die verschiedene Systeme des Wiederaufbaues zur Auswahl gibt. Einer der ausführlichen Vorschläge entspricht dem Plan, den die deutschen Gewerkschaften ausgearbeitet haben. Die zweite wichtige Frage war die Beschaffung der Zahlungsmittel. Hier mußte nach Meinung der Reichsregierung das Hauptgewicht auf die Schaffung der nötigen Unterlagen für den Plan einer internationalen Anleihe gerichtet werden. Auf dieser Grundlage hat nun die Reichsregierung verhandelt, Fühlung mit den Alliierten zu nehmen, um zu neuen Verhandlungen zu kommen. Diese Versuche sind ausnahmslos gescheitert.

Daher hat man an die Vermittlung Amerikas gedacht, zumal Amerika das einzige Land ist, dessen Finanzkraft es in die Lage versetzt, wesentlich zur Lösung der Reparationsfrage zu tun. So hat die Reichsregierung sich entschlossen, an die amerikanische Regierung die am Freitag bekanntgegebene Note zu richten.

Der Minister verliest dann die bereits gestern veröffentlichte Antwort, die Freitag mittag eingegangen ist. Damit ist die Vermittlung als Schiedsmann abgelehnt, als Vermittlung im gewöhnlichen Sinne aber angenommen mit der Modifikation, daß Deutschland Amerika Bericht überbreitet, die die amerikanische Regierung als geeignet ansieht. Die Regierung wird sich nun zunächst darüber schlüssig werden müssen, wie die Vorschläge im einzelnen aussehen sollen. Zu diesem Zweck wird Freitag nachmittag eine Sachverständigenkommission einberufen, und die Regierung wird daher erst am Sonnabend in der Lage sein, dem Reichstag über die Gesamtheit ihrer Politik in der Reparationsfrage Rede und Antwort zu geben. Die Regierung ist der Überzeugung, daß sie in der Formulierung bis an die Grenze dessen gehen muß, was das deutsche Volk für Reparationszwecke leisten kann. Die falsche Beurteilung des Zustandes des Reiches aus der Welt verschwinden, nicht dadurch, daß wir Versprechungen machen, von denen wir wissen, daß wir sie nicht halten können, sondern dadurch, daß wir dem Ausland reinen Wein einschenken.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird in die Beratung der Tagesordnung nicht eingetreten, sondern die Sitzung auf Sonnabend 3 Uhr vertagt.

Die neue Lage.

Berlin, 23. April. (Draht.) Sonnabend vormittag traten die Fraktionen erneut zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen, nachdem ihnen am Freitag abend noch in der Reichstagskammer die Stellungnahme der Regierung bekanntgegeben worden ist. Auch der auswärtige Ausschuss des Reichstages trat nach am Freitag abend zusammen, um dem Minister Simons Gelegenheit zu geben, vertrauliche Ausführungen über die Lage zu machen. Was die Stellungnahme der Fraktionen betrifft, so kann natürlich bis zur Stunde wenig darüber gesagt werden. Nur der „Kosakenführer“ weiß zu melden, daß sich die Deutsche Volkspartei in ihrer Fraktionsführung am Freitag vormittag, wo allerdings die Stellungnahme Amerikas noch nicht vorlag, mit der politischen Lage beschäftigte. In den Kreisen der Fraktion soll man nichts gegen eine Aktion einzuwenden gehabt haben, in

der Präsident Harding als christlicher Kaffler aufgetreten wäre. Sehr scharf mißbilligt man aber die Vermittlung über den Baitan und die Form der Fehrentschlossenheit. Man ist der Ansicht, daß der Reichsaussenminister Dr. Simons nicht mehr als Sprecher des deutschen Volkes auftreten dürfte. Wenn dies die Ansicht der Deutschen Volkspartei bleiben sollte, wäre allerdings eine Krise in der Reichsregierung unvermeidlich.

Der dreifache Mißerfolg.

Berlin, 23. April. Dr. Simons kann über einen doppelten, ja, wenn man will, über einen dreifachen Mißerfolg quittieren. Der erste Mißerfolg ist die Aufnahme seiner Note an Amerika, die wegen ihrer de- und wehmütigen Form wie nach ihrem Inhalte, durch den sie uns vorbehaltlos in die Hände Amerikas gibt, die schärfste Mißbilligung bei allen Parteien gefunden hat, auch bei denen, die an sich mit dem Gedanken einverstanden waren, die Vermittlung Amerikas anzunehmen. Der zweite Mißerfolg ist die Ablehnung, die seine Anregung in Amerika gefunden hat.

Jedenfalls ist die Stellung des Ministers Simons durch dieses Vorgehen nicht gestärkt worden. Wenn trotzdem von einem Personenaustausch im gegenwärtigen Augenblick nicht die Rede sein kann, so liegt das daran, daß Dr. Simons durch seine wiederholten Erklärungen, er sehe die deutsche Leistungsfähigkeit in der Wiederherstellungszwecke günstiger an als die Sachverständigen, jeden Nachfolger gegenüber dem Verband von Anfang an diskreditiert hat. Der Verband wird sich keinen Vorkläger gegenüber immer auf Dr. Simons berufen und behaupten können, daß dieser in die Wüste geschickt wurde, weil er als christlicher Mann dafür eingetreten sei, daß Deutschland seiner Wiederherstellungspflicht innerhalb der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit wirklich nachkomme.

Die gleiche Politik hat Dr. Simons in der gestrigen Reichstagsitzung ausgeführt, wenn er in seiner Erklärung auspricht, die Regierung sei der Überzeugung, daß sie in der Formulierung der Vorschläge bis an die Grenze dessen gehen müsse, was das deutsche Volk für Wiederherstellungszwecke leisten kann, denn damit sagt Dr. Simons, daß die Regierung bisher noch nicht bis an die Grenze gegangen sei, obwohl sie und er selbst das bisher wiederholt versichert haben. Er stellt also sowohl seine eigenen als auch die Erklärungen der Regierung, der er angehört, als unrichtig hin, und wenn er weiter betont, daß wir bei der Beurteilung unserer Lage fast das ganze Ausland gegen uns haben, und daß die Überzeugung, daß wir unsere Leistungsfähigkeit unterkriegen, unter allen Umständen allmählich aus der Welt verschwinden müsse, so ist demgegenüber zu betonen, daß diese Überzeugung am meisten durch die eigenen Erklärungen des Ministers genährt worden ist, und daß ihr Verschwinden durch nichts mehr verhindert wird als durch die sich immer widersprechenden Erklärungen, von denen jede folgende die Grenze des für Deutschland Möglichen weiter hinausrückt. Dr. Simons, der diese ungeschickliche Überzeugung des Auslandes gegen Deutschland geradezu groß gegeben hat, erscheint also durchaus ungeeignet, sie jetzt zum Verschwinden zu bringen. Der natürlichen Folge, die sich aus dieser Sachlage ergibt, steht jedoch der Umstand entgegen, daß Dr. Simons von vornherein durch seine Erklärungen jeder andersgearteten Politik eines möglichen Nachfolgers den Weg verbaut.

Wenn Dr. Simons in seiner Erklärung die Ansicht vertreten hat, daß Harding zwar die Vermittlung als Schiedsrichter abgelehnt, die Vermittlung im gewöhnlichen Sinne aber angenommen habe, so ist das auch nicht zutreffend. Er lautet man die amerikanische Antwort genau, so muß man vielmehr zu der Überzeugung kommen, daß Amerika, was übrigens auch kaum anders zu erwarten war, hier gar nicht beabsichtigt, die Rolle des Schiedsrichters zu spielen, denn Harding betont wohl nicht ohne Absicht, daß Amerika an der baldigen und gerechten Regelung der Frage „selbst stark interessiert ist“. Statt selbst eine Vermittlung zu übernehmen, fordert er Deutschland zur Formulierung neuer Vorschläge auf, die eine geeignete Grundlage zur Verhandlung bieten. Was aber die Gegenseite als geeignete Verhandlungsgrundlage erachtet, hat sie uns in London klar zu erkennen gegeben. Mit dieser Antwort verweist uns Harding gewisser-

maßen auf die Stelle zurück, deren Forderungen uns gerade so unannehmbar gewesen sind, daß wir keine Vermittlung erbeten haben, und erklärt sich nur bereit, derartige Vorschläge, die nach seiner oder des Verbandes Ansicht eine geeignete Verhandlungsgrundlage darstellen, der Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen zu empfehlen „in einer für sie annehmbaren Weise“.

Die französischen Zwangspläne fertiggestellt.

Paris, 22. April. (W. I. B.) Die Vorkommissionen überfragen, daß die gemischte Kommission nunmehr alle Einzelheiten für den Plan zur Besetzung des Ruhrgebietes fertiggestellt habe. Das „Echo de Paris“ bestätigt ferner, daß man zwischen zwei verschiedenen Systemen zu wählen hatte. Das eine ging darauf hinaus, alle Bergwerksunternehmungen des Ruhrgebietes in die Hand der Alliierten zu spielen, das andere wollte diese den deutschen Gesellschaften zur Weiterausbeutung überlassen und den Alliierten nur ein Kontrollrecht übertragen. Das letztere ist gewählt worden. Sogleich nach Schluß der Sitzung sind die Ergebnisse der Beratungen dem Ministerpräsidenten Briand mitgeteilt worden, der sie im Laufe des Nachmittags auch dem italienischen Botschafter übermittelte hat.

Der von der Kommission ausgearbeitete Plan behandelt in zwei Berichten über die militärische Organisation

1. die Abgrenzung der zu besetzenden Gebiete,
 2. die zur Besetzung nötigen Mannschaften.
- Drei weitere Berichte beschäftigen sich mit den Fragen:
1. Ausbeutung der Gruben,
 2. die Finanzverwaltung,
 3. die Verpflegung der Bewohner der Kohlengebiete.
- Die verschiedenen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, die Besetzung ertragreich zu gestalten, wurden ebenfalls vollständig behandelt.

Italienische Zustimmung?

Paris, 22. April. (W. I. B.) „Matin“ schreibt: Der französische Botschafter in Rom, Barrere, hat gestern in einer Unterredung mit Briand diesem die Versicherung überbracht, Giolitti und Storza würden dem französischen Sanktionsplan keine Hindernisse bereiten.

Verhaftung von Holz-Genossen in Westfalen.

Am Donnerstag wurden die der kommunistischen Partei angehörenden Otto Keller in Werdau, Paul Keller in Steinpleis, Hermann Böhm in Werdau und Riedel in Steinpleis durch Kriminalbeamte und Sicherheitspolizei verhaftet. Gleichzeitig wurden auch die Ehefrauen von Böhm und Riedel abgeführt. Die Verhaftungen stehen dem Vernehmen nach im Zusammenhang mit der Verhaftung Holz in Berlin. Es ist festgestellt worden, daß Holz sich vor seinem Abgang nach Mitteldeutschland wiederholt und teilweise längere Zeit in Steinpleis bei Werdau aufgehalten hat. Wahrscheinlich handelt es sich bei den in Steinpleis Verhafteten um diejenigen, die Holz Unterschlupf gewährt haben.

Antrag auf Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Renner.

Dresden, 23. April. Gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Renner, der bekanntlich als verantwortlicher Redakteur das kommunistische Organ „Das Volksblatt“ zeichnet, ist seitens der Staatsanwaltschaft Strafverfahren anhängig gemacht worden. Der Rechtsausschuß des sächsischen Landtages wird sich demnächst mit einem Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung zu befassen haben. Bekanntlich hat in den letzten Tagen eine bürgerliche Zufallsmehrheit dem Rechtsausschuß die Genehmigung zur Strafverfolgung zweier sozialdemokratischer Abgeordneter gegeben. Damals schrieb die „Dresdner Volkszeitung“, bekanntlich das mehrheitssozialdemokratische Regierungsorgan, das aus der Zustimmung der bürgerlichen Vertreter zur Strafverfolgung dieses Abgeordneten eine Vertiefung des politischen Anstandes und eine „bedenkliche politische Degeneration“ spreche. Der Antrag auf Strafverfolgung des Abgeordneten Renner wird also die Gesinnungsgenossen der „Dresdner Volkszeitung“ erneut in die Lage bringen, sich — und zwar diesmal zu Gunsten eines ausgesprochenen Moskawiters — gegen bedenkliche politische Degenerationserfahrungen zur Wehr setzen zu müssen.